

- 1 **Antrag-Nummer:** A4
2 **Antragsteller:** JUSOS
3 **Betreff:** Wohnen in Bochum neu denken

4 **Der Unterbezirksparteitag möge beschließen:**
5

6 Die Wohnungsnot hat sich in den letzten Jahren zu einem der größten politischen Probleme in der
7 Bundesrepublik entwickelt. Dass dies in Bochum bisher kein größeres Problem ist, verdanken wir sicherlich
8 unserer Wohnungsbaupolitik der letzten Jahre. Als positives Beispiel darf die VBW nicht unerwähnt bleiben.
9 Um hier auch für die Zukunft gerüstet zu bleiben dürfen wir den Blick auf kritische Entwicklungen nicht
10 scheuen. Wenn immer weniger kommerzielle Vermieter immer größere Anteile des Wohnungsmarktes
11 kontrollieren öffnet dies missbräuchlichen Mietsteigerungen Tür & Tor. Um hier regulativ wirken zu können
12 muss die Stadt Bochum vermehrt als Investor und Bauherr auftreten und den eigenen Wohnbestand stetig
13 ausbauen. Erfahrungen aus anderen Städten, wie zum Beispiel Wien zeigen, dass bereits eine Quote von 5%
14 öffentlichem Wohneigentum einen starken regulierenden Effekt auf den Mietspiegel hat. Damit wäre es
15 möglich Spannung aus dem Wohnungsmarkt zu nehmen. Hier ist die Nutzung des Vorkaufsrechts ebenso
16 wichtig wie Neubauten. Bei Neubauten sollten die vorhandenen Flächen, idealerweise Brachflächen, in
17 Wohnflächen für öffentlich geförderten Wohnungsbau umgewidmet werden. Das Potenzial eigener Flächen
18 darf nicht an private Großeigentümer*Innen fallen. Das Unicenter ist hier ein abschreckendes Beispiel, das
19 sich nicht wiederholen sollte.

20 Außerdem muss die Stadt Bochum offensiv gegenüber Eigentümern leerstehenden, schnell und langsam
21 vergammelden Wohnraums vorgehen. §§ 175 ff BauGB bieten dazu hinreichende Möglichkeiten (Baugebote,
22 Modernisierungs- und Instandsetzungsgebote). Freiwillige Lösungen sind zur Vermeidung von Zeitverlusten
23 stets durch parallele formelle Verfahren zu begleiten.

24 Um all das umsetzen zu können, muss die Verwaltung und ganz konkret das Baudezernat personell und
25 organisatorisch verstärkt werden.

26 Zur kurzfristigen Umsetzung kommt auch die Beauftragung externer Planungsbüros und Anwaltskanzleien in
27 Betracht. Entsprechend werden mit diesen Mitteln auch in anderen Ländern und Kommunen solche
28 politischen Ziele erreicht (z.b. Berlin Friedrichshain/Kreuzberg).

29 Aktuell dauern Genehmigungsverfahren für Neubauten teilweise länger als die eigentliche Bauphase. Das
30 muss sich dringend ändern.

31 Dieses zusätzliche Personal könnte sich auch der Modernisierung der städtischen Bebauungspläne widmen.
32 Es existieren Bebauungspläne, die vor mehr als 2 Jahrzehnten genehmigt wurden, in diesen
33 Bebauungsplänen fehlen aktuelle Standards zur Barrierefreiheit und zum vorgeschriebenen Mindestanteil an
34 Sozialwohnungen.

35 Deshalb fordern wir:

36 Die Stadt Bochum als Investor und Bauherr auf, zur:

- 37 - Schaffung von mehr städtischem Wohneigentum mit dem Ziel von 12.000 Wohneinheiten,
38 beziehungsweise 5% der vorhanden Mieteinheiten,
- 39 - Umwidmung von Brachflächen in Wohnflächen,
- 40 - Aktualisierung alter Bebauungspläne, damit die heutigen Standards für Sozialen Wohnungsbau
41 eingehalten werden,
- 42 - Schaffung von mehr Stellen für die Baugenehmigungsabteilung,
- 43 - Fehlbeleger*innen-Abgabe,
- 44 - Förderungen von privaten Wohngenossenschaften im Sinne von Bruchteilsgemeinschaften,

45 - Erweiterung des Vorkaufsrecht der Stadt für Grundstücke in Bochum

Antrag **angenommen**

abgelehnt

überwiesen an

**Überweisung als Material an die
Kommunalwahlprogramm-Kommission**